

DEUTSCHLAND UND FRANKREICH: GEMEINSAM FÜR DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT

Dieses Jahr feiern Deutschland und Frankreich den 50. Jahrestag ihrer engen politischen Beziehungen. 18 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs schlossen der französische Präsident General Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer 1963 den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit – den sogenannten Elysée-Vertrag – und schufen damit die rechtliche Basis und Verpflichtung zur Verbundenheit zwischen Deutschland und Frankreich. Seither findet nicht nur ein intensiver politischer Austausch statt: Auch enge wirtschaftspolitische Beziehungen, die auf dem Elysée-Vertrag aufbauen, machen beide Nationen zu Gestaltern des europäischen Wirtschafts- und Währungsraums.

DIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT FÜR KOHLE UND STAHL (MONTAN-UNION): ERSTE WIRTSCHAFTLICHE VEREINBARUNGEN

„Die Vereinigung der europäischen Nationen erfordert, dass der jahrhundertalte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muss in erster Linie Deutschland und Frankreich erfassen[...]. Die Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung sichern [...]. Die Solidarität der Produktion, die so geschaffen wird, wird bekunden, dass jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich ist.“

Mit dieser Rede legte der französische Außenminister Robert Schuman am 9. Mai 1950 den Grundstein zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS, oft auch als Montan-Union bezeichnet), die am 18. April 1951 in Paris gegründet wurde und am 23. Juli 1952 in Kraft trat. Die EGKS gab den Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich, den BeNeLux-Ländern (Belgien, Luxemburg, Niederlande) und Italien Zugang zu Kohle und Stahl, ohne dass diese dafür Zoll bezahlen mussten. Diese Montan-Union ist die erste Institution des europäischen Integrationsprozesses und somit Vorläufer zur Europäischen Gemeinschaft (EG), aus der sich die Europäische Union (EU) entwickelte. Ziel war die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Marktes für Kohle, Eisenerz, Stahl und Schrott. Am 1. Januar 1958 traten die Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) in Kraft, sie vertieften die wirtschaftliche Kooperation der Gründerländer.

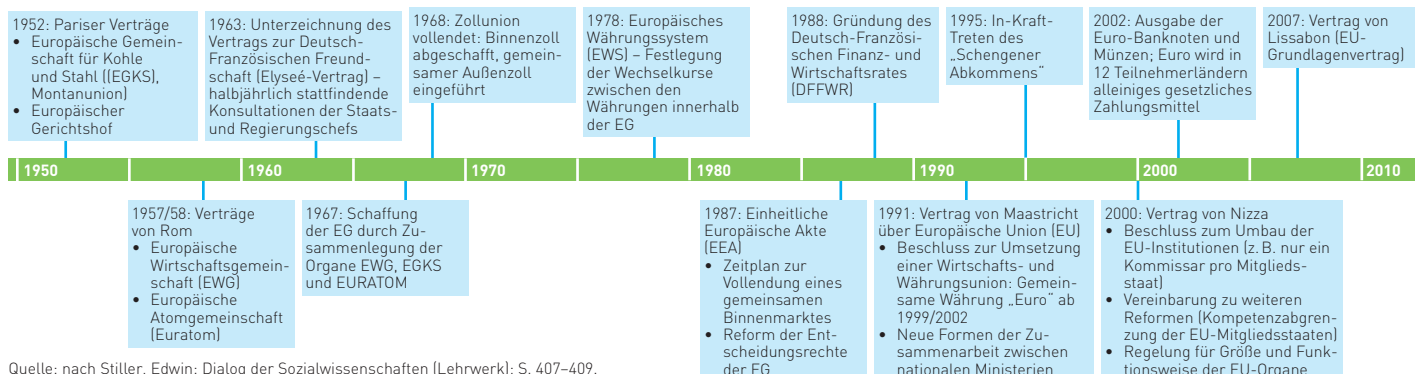


DER ELYSÉE-VERTRAG

Neben rein wirtschaftlichen Beziehungen gingen Deutschland und Frankreich noch einen Schritt weiter: Mit dem Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag), der am 22. Januar 1963 von Bundeskanzler Adenauer und General de Gaulle unterzeichnet wurde, gossen sie das Fundament für eine intensive Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene und setzten ein Manifest für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Der Staatsvertrag war das Ergebnis einer fast zwei Jahrzehnte andauernden Politik der Aussöhnung und Verständigung über die gemeinsamen Interessen und ein Gelöbnis zum Frieden in Europa. Dieses gründete auf der Erkenntnis, dass ein erneuter Krieg nur durch ein Ende der alten Feindschaften zu verhindern war. Ein solcher Schritt war wenige Jahre nach Kriegsende ein für Europa sehr bemerkenswertes Ereignis. Die wichtigste Institution des Vertragswerkes bilden die seit 1963 halbjährlich stattfindenden persönlichen Konsultationen auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs, seit 2003 als Deutsch-Französischer Ministerrat. Die Außen- und Verteidigungsminister beider Länder treffen sich bis heute regelmäßig.

MEILENSTEINE DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT



DEUTSCHLAND UND FRANKREICH: GEMEINSAM FÜR DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFT

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE ZUSAMMENARBEIT: MOTOR DER WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA

Mit dem Zusatzprotokoll vom 22. Januar 1988 wurde auf Initiative von Helmut Kohl und François Mitterand die vertragliche Grundlage für den Deutsch-Französischen Finanz- und Wirtschaftsrat (DFFWR) gelegt. Ihm gehörten die Finanz- und Wirtschaftsminister sowie die Zentralbankpräsidenten beider Länder an. Zweimal jährlich, abwechselnd in Deutschland und Frankreich, trat der Rat zusammen. Ziel war es, die Zusammenarbeit beider Länder dahingehend zu intensivieren, dass die Nachbarstaaten ihre wirtschaftliche Politik weitgehend harmonisieren und ihre Positionen zu internationalen Finanz- und Wirtschaftsfragen annähern. Durch diese Kooperation wuchsen beide Länder in die Rolle des europäischen Integrationsmotors hinein, weil sie wichtige Impulse für die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion und des Binnenmarktes setzten. Es war auch wichtig, eine gesamt-europäische Verhandlungsposition im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsmächten zu entwickeln. Man einigte sich auf einen gemeinsam festgelegten Rahmen zur Wirtschaftskooperation in der Währungspolitik und zum Europäischen Währungssystem (EWS). Ebenso wurde der Grundstein für die Eurogruppe gelegt, und die Einführung einer gemeinsamen Währung vorbereitet.

GEMEINSAME ZIELE IN EUROPA

Trotz unterschiedlicher nationaler Wirtschaftsmodelle sind Deutschland und Frankreich füreinander die wichtigsten Handelspartner; die wechselseitigen Investitionen sind beachtlich. Wirtschaftlich konkurrieren beide Länder aber lebhaft miteinander.

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 2008 und im weiteren Verlauf der Schuldenkrise in Europa haben Deutschland und Frankreich eng zusammen gearbeitet. Im Jahr 2011 beschlossen beide Länder, in eine neue Runde der wirtschaftlichen und fiskalischen Annäherung einzutreten. Deutschland und Frankreich haben unter anderem den Fiskalvertrag und den Europlus-Pakt ermöglicht, international gemeinsam für eine bessere Finanzmarktregulierung gekämpft und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf europäischer Ebene vorangetrieben. Nachdrücklich machen sich beide Nationen gemeinsam für den Euro stark und erarbeiten Konzepte für die Zukunft der gemeinsamen Währung. Auch in der aktuellen Euro-Schuldenkrise spielt das Duo Deutschland-Frankreich eine maßgebliche Rolle bei der Erarbeitung von Lösungen zur Überwindung der Rezession. Beide stehen für Maßnahmen hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum in den betroffenen europäischen Ländern ein.

AUFGABEN

1. Recherchiere die politischen Beziehungen und das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich unmittelbar nach Ende des zweiten Weltkriegs. Betrachtet anschließend in kleinen Gruppen die weitere Entwicklung der Beziehungen und haltet Meilensteine und wichtige Informationen fest. Entwerft ein Plakat, eine Wandzeitung oder eine PowerPoint-Präsentation. Wie beurteilt ihr diese gesamtpolitische Entwicklung und inwiefern hat sie Bedeutung für Europa?
2. Wo liegen aus deiner Sicht die Stärken der französischen und der deutschen Wirtschaft, und warum spricht der Text von „unterschiedlichen Wirtschaftsmodellen“? Recherchiere und identifiziere diese Stärken mithilfe einer Internet-Suchmaschine.
3. Was sind die Vorteile und Errungenschaften des Euro? Und welche Argumente führen die Euro-Skeptiker an? Recherchiere in der Tages- und Online-Presse der letzten Monate. Erstellt eine Pro- und Kontra-Tabelle, legt euren Standpunkt fest und diskutiert anschließend in der Lerngruppe.
4. Die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs hat sich in den letzten 10 Jahren im Vergleich zu Deutschland abgeschwächt. Welche Gründe könnte es für die unterschiedliche Entwicklung geben?
5. Welche Rolle spielen Deutschland und Frankreich in der aktuellen Staatsschuldenkrise in Europa? Recherchiere Ansätze und Maßnahmen der beiden Länder zur Rettung des Euro. Notiert Übereinstimmungen sowie Positionen, in denen sie sich unterscheiden.

INTERNET

- Das Bundesfinanzministerium hält auf seiner Website viele Informationen sowie einen Podcast zur deutsch-französischen Zusammenarbeit bereit: www.bundesfinanzministerium.de > Themen > Europa > Deutsch-Französische Zusammenarbeit. Siehe auch: www.ministere-federal-des-finances.de
- Eine gemeinsame Erklärung des Deutsch-Französischen Ministerrates zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2013 steht hier bereit: www.bundesregierung.de > Pressemitteilungen > Suchwort: „Ministerrat“